News Archiv March 2023

2023-03-31 13:29

younion: Mehr als 70.000 Stimmen aus dem Gesundheitswesen abgewürgt!

Parlamentsausschuss begräbt Bürger*innen-Initiative

Im Frühjahr 2022 wurde von der „Offensive Gesundheit“ die parlamentarische Bürger*innen-Initiative „Achtung Gesundheit! Es ist 5 nach 12: gemeinsam fordern wir gute Arbeit und faire Bezahlung für alle im Gesundheits- und Langzeitpflegebereich“ eingebracht.
Diese wurde bereits zum Einreichtermin von 70.000 Unterstützer*innen aus ganz Österreich unterzeichnet, zigtausende folgten. Edgar Martin, Vorsitzender des Team Gesundheit in der younion _ Die Daseinsgewerkschaft (Hauptgruppe II) durfte die Initiative stellvertretend für die Offensive Gesundheit als Erstunterzeichner einbringen.
Edgar Martin: „Nun hat der parlamentarische Ausschuss für Petitionen und Bürger*innen-Initiativen in seiner Sitzung beschlossen, nichts weiter zu unternehmen. Die mehr als 70.000 Unterschriften haben also ein Begräbnis erster Klasse erhalten! Damit sagt die Politik: ‚Ihr interessiert uns nicht, liebes Gesundheitspersonal. Wir reden nicht einmal mit euch, wird schon alles gut gehen.“

„Wenn es ans Eingemachte geht, schicken sie ihre Ahnungslosen los!“

Dabei hat die Bürger*innen-Initiative klare Lösungen für die großen Probleme im Gesundheitsbereich gefordert. Unter anderem:

- mehr Ausbildungsplätze
- eine existenzsichernde finanzielle Entschädigung für Auszubildende
- eine österreichweite evidenzbasierte Personalbedarfsberechnung
- Anerkennung von Pflegearbeit als Schwerarbeit

Edgar Martin: „Wir hören von der Politik seit Jahren nur Sonntagsreden, wenn es um die Gesundheitsberufe geht. Denn wenn es - wie jetzt - einmal ans Eingemachte geht, dann schicken sie ihre Ahnungslosen los und ersticken alles im Keim. Das ist eine Verhöhnung aller, die unterschrieben haben und hat nichts mit echter Demokratie zu tun."

Martin, selbst diplomierter Gesundheits- und Krankenpfleger, weiter: „Wenn man ins Detail geht und die einzelnen Aussagen im Ausschussprotokoll nachliest, dann stellt es einem die Haare noch mehr auf. Da reden Menschen über den Gesundheitsbereich, die höchstens einmal als Patient*in in einem Spital waren. So sagt etwa der grüne Abgeordnete Ralph Schallmeiner, ein gelernter Großhandelskaufmann, man habe sich schon mit der Problematik auseinandergesetzt. Nur frage ich mich wie, Herr Schallmeiner? Mit diesem ‚Pflegereförmchen' vom vergangenen Jahr – inklusive falscher Versprechungen? Mit der Pflegelehre, die rundherum abgelehnt wird? Oder mit der Idee Personal aus dem Ausland zu holen? Sie haben wirklich genug getan? Und dann glauben Sie guten Gewissens die Initiative einfach mit „zur Kenntnis genommen" abstellen zu können, Herr Schallmeiner!"

Auf großer Aufhetz-Tour

Edgar Martin geht auch auf den Fall im Wiener AKH ein, der eine am Boden liegende Patientin skandalisiert hat: „Das zeigt sehr gut, worum es einzelnen Politiker*innen tatsächlich geht. Sie wollen sich gar nicht mit Details beschäftigen und konstruktive Lösungen erarbeiten, wofür sie eigentlich bezahlt werden. Sie suchen den Skandal, sie wollen aufhetzen, sie wollen Ängste schüren und Wut erzeugen. Das ist ein böses Spiel auf Kosten des Personals und der Patient*innen samt ihrer Angehörigen. ÖVP-Stadtrat Karl Mahrer, Ingrid Korosec und noch einige andere sollten sich dafür schämen, was sie da abgezogen haben."

Martin abschließend: „Das Gesundheitspersonal wird von der Politik in großen Reden mit Lob und Anerkennung bedacht, aber dann in der Realität mit Füßen getreten. Eine Bürger*innen-Initiative, die aus dem Herzen des Gesundheitswesens kommt, einfach abzuwürgen, ist schäbig. Und noch schäbiger ist es, auf Kosten des Gesundheitspersonal auf große Aufhetz-Tour zu gehen."

Read more … younion: Mehr als 70.000 Stimmen aus dem Gesundheitswesen abgewürgt!

2023-03-28 15:00

AK Anderl: Statt Pflegelehre BMS/BHS für Pflegeberufe ausbauen

Pflegelehre verschärft Personalmangel und passt nicht ins System

„Aus Sicht der AK ist die Einführung einer Pflegelehre der falsche Weg. Den Arbeitskräftemangel und die steigenden Kosten durch den Einsatz von Jugendlichen im Rahmen einer Lehrausbildung abzufedern, passt weder ins Lehrausbildungs-System noch eröffnet das jungen Menschen weitere Perspektiven. Es besteht vielmehr die Gefahr, dass Jugendliche überfordert und als billige Hilfskräfte eingesetzt werden", erklärt AK Präsidentin Renate Anderl.

Lehrberufe in der Pflege bieten keine neuen Möglichkeiten. Schon jetzt kann man nach der Pflichtschule eine BMS oder BHS (wie HAK/Hasch Modell) mit Pflegeausbildung machen. Für die Praktika gibt es Praktikumsgeld und man hat einen Schulabschluss mit oder ohne Matura. Außerdem dauert eine Pflegelehre um zwei Jahre länger als die Ausbildung an einer Gesundheits- und Krankenpflegeschule. Weiters verschärft die Pflegelehre den Personalmangel in den Betrieben, weil die Begleitung von Lehrlingen, deren Ausbildung hauptsächlich im Betrieb erfolgt, wesentlich mehr Arbeitszeit benötigt als die Anleitung von Studierenden oder Schüler:innen, die Praktika absolvieren. Dabei fehlt in der Praxis schon heute die Zeit für die Praxisanleitung. Das schürt Zweifel an der Qualität der praktischen Lehrausbildung.

Im Gegensatz zu dem Vorschlag für eine Pflegelehre erachtet die AK eine Reihe anderer Maßnahmen für deutlich wirkungsvoller, um dem Personalmangel entgegenzuwirken. „Für gute und attraktive Arbeitsbedingungen brauchen wir vor allem genug Personal. Dazu muss auf politischer Ebene umgehend die Entwicklung und die Einführung österreichweiter verpflichtender Regeln zur Ermittlung des notwendigen Personaleinsatzes angegangen werden. Aus unserer Sicht gilt: Ohne gute Arbeitsbedingungen werden alle Ausbildungswege nicht helfen“, betont Anderl.

Für die AK ist die BMS/BHS für Pflegeberufe der geeignete Weg, um Jugendliche nach Abschluss der Pflichtschule für einen Beruf im Bereich Pflege- und Gesundheitsversorgung zu gewinnen. Gleichzeitig garantiert diese Ausbildung eine durchlässige Bildungskarriere auch im tertiären Bereich. Wesentlich sinnvoller ist daher einen rascher und österreichweiter Ausbau dieses Schultyps.

Read more … AK Anderl: Statt Pflegelehre BMS/BHS für Pflegeberufe ausbauen

2023-03-28 11:41

SPÖ vor Pensionsverfassungsklage

Die SPÖ macht nun mit ihrer schon länger angekündigten Verfassungsklage gegen die Pensionsaliquotierung Ernst. Wenn nicht morgen im Plenum die Abschaffung dieses „Pensionsraubs“ paktiert wird, will man sich an das Höchstgericht wenden, wie der stellvertretende Klubobmann Jörg Leichtfried in einer Pressekonferenz sagte. Allerdings braucht man dafür die Unterstützung einer anderen Fraktion.

Denn die SPÖ will es über eine Drittelbeschwerde versuchen. Dafür benötigt es eben ein Drittel der Abgeordneten und damit realistisch gesehen die Unterstützung der Freiheitlichen. Daran glaubt Leichtfried: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass die FPÖ bei so was nicht mitgeht.“ Das Anliegen unterstützen wird die SPÖ auch mit einem Dringlichen Antrag im Plenum.

Leichtfried wiederholte, dass für ihn die Aliquotierung eine ungerechte, unsachliche und höchstwahrscheinlich verfassungswidrige Regelung darstelle: „Das Sternzeichen bestimmt die Pensionshöhe für die Zukunft.“ Dabei geht es darum, dass das Pensionsplus im ersten Jahr nach dem

Antritt des Ruhestands danach bemessen wird, in welchem Monat man in Pension gegangen ist. Bei einem Übertritt im November oder Dezember gibt es im ersten Pensionsjahr gar keine Erhöhung.

Read more … SPÖ vor Pensionsverfassungsklage

2023-03-09 16:27

SPÖ fordert von Regierung Mietpreisbremse

Die SPÖ fordert von der türkis-grünen Regierung weiterhin eine Mietpreisbremse. Wenn man SPÖ-Vorschläge ablehne, dann solle man „wenigstens auf WIFO-Chef Gabriel Felbermayr hören“, sagte SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner heute bei einer Pressekonferenz in Wien. „Es muss etwas passieren. Nichts tun geht nicht.“

Österreichweit geht es um rund 375.000 Richtwert-Altbaumietwohnungen, bei denen sich ohne Maßnahmen die Mietkosten per 1. April um 8,6 Prozent erhöhen. Zudem gibt es noch rund 135.000 Altbauwohnungen mit Kategoriemieten, die im Juli um fünf Prozent steigen könnten. Die Regierung konnte sich bis dato auf keine Mietpreisbremse einigen.

WIFO-Chef Felbermayr kann sich eine Streckung der Mieterhöhungen über mehrere Jahre vorstellen. Es müsse doch möglich sein, einen Mittelweg zu finden, sagte Felbermayr am Dienstag in der ZIB2. Eigentümer und auch Mieter müssten beitragen. Er könne sich auch eine Lösung für alle Mietwohnungen vorstellen.

SPÖ für „sofortigen Mietpreisstopp“

Die SPÖ-Chefin forderte „einen sofortigen Mietpreisstopp für alle Mietwohnungen“. Es gehe um alle Mietwohnungen und Geschäftsmieten von Klein- und Mittelunternehmen. Das umfasse neben Richtwertmieten und Kategoriemieten auch „freie“ Mieten.

„Die Mieterhöhungen sollen bis Ende 2025 ausgesetzt und danach mit zwei Prozent begrenzt werden“, sagte Rendi-Wagner. Ausgenommen von der vorgeschlagenen Regelung sollen „Luxuswohnungen“ sein. Bis nächste Woche müsse die Regierung eine Variante für eine Mietpreisbremse finden. „Es muss Schluss sein mit dem Regierungsstreit und den ewig langen Verhandlungen, die zu keinem Ergebnis führen.“

Der Beschluss einer Mietpreisbremse sei „noch immer möglich“, sagte die Vorsitzende des parlamentarischen Bautenausschusses, Ruth Becher (SPÖ). Sie sei bereit, den Bautenausschuss sofort einzuberufen.

Read more … SPÖ fordert von Regierung Mietpreisbremse

2023-03-08 08:14

FSG-Frauen warnen vor Stillstand in der Frauenpolitik

Hörmann: ÖVP-geführte Bundesregierung muss Hausaufgaben endlich machen

Vor einem „Stillstand in Sachen Frauenpolitik“ warnt die Bundesfrauenvorsitzende der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG-Frauen) im ÖGB, Christa Hörmann anlässlich des Internationalen Frauentages. Denn mit der schrittweisen Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters ab 2024 drohe sich die ohnehin schon schwierige Lage vieler Frauen weiter zu verschärfen. Die Gründe dafür liegen für Hörmann auf der Hand.

Frauen verdienen im Vergleich zu ganzjährig vollzeitbeschäftigen Männern im Schnitt rund 9.000 Euro weniger pro Jahr. Kinderbetreuung, Haushalt und Pflege von Angehörigen werden immer noch überwiegend von Frauen gemacht. Fast die Hälfte aller Frauen arbeitet daher oft unfreiwillig in Teilzeit. Vor dem Übergang in die Pension ist in etwa jede zweite Frau arbeitslos. Frauen erhalten durchschnittlich rund 40 Prozent weniger Pension als Männer.

Die Liste der Ungerechtigkeiten geht aber noch viel weiter. Auch die Rekord-Teuerung trifft Frauen und Kinder viel stärker – vor allem Alleinerzieherinnen. Die Coronavirus-Pandemie hat zudem gezeigt, dass unter den vielen SystemerhalterInnen es gerade Frauen sind, die unser Land am Laufen halten. Sie verdienen mehr Respekt vor ihren Leistungen und vor allem bessere Arbeitsbedingungen.

Während die ÖVP entbehrliche Neid-Debatten über Leistungskürzungen für Teilzeitbeschäftigte anzettelt, warten Frauen auf Entlastung und bessere Arbeitsbedingungen sowie auf flächendeckend ausreichende Kinderbildungseinrichtungen, die Vollzeitarbeit ermöglichen. „Frauen könnten heute schon viel weiter sein, hätte die türkis-grüne Bundesregierung ihre Hausaufgaben gemacht. In Wahrheit ist das ein Armutszeugnis der ÖVP-geführten Bundesregierung“, sagt Hörmann.

„Frauen und Kinder sind die größten VerliererInnen bei dieser türkis-grünen Bundesregierung“, fasst Hörmann zusammen und kritisiert, dass Türkis-Grün nach wie vor „die Augen vor den Problemen der Frauen verschließt und weiter untätig bleibt“. Die nächsten Jahre bringen große Veränderung am Arbeitsmarkt – die Work-Life-Balance wird für viele wichtiger im Leben. „Mit diesen Veränderungen drohen die Lücken in den Erwerbsbiografien noch größer zu werden, die bestehenden Ungerechtigkeiten treffen junge Frauen dann doppelt und mehrfach“, warnt Hörmann und fordert von der Politik endlich wirksame Maßnahmen ein.

„Frauen brauchen Entlastung – und zwar jetzt! Unser Katalog an Maßnahmen zur Entlastung der Frauen liegt auf dem Tisch, Türkis-Grün muss nur wollen“, sagt die FSG-Bundesfrauenvorsitzende und appelliert abschließend vor allem an die ÖVP: „Schluss mit leeren Versprechungen und Sonntagsreden. Lassen Sie die Frauen nicht weiter im Regen stehen, bringen Sie endlich Entlastungen für Frauen auf den Weg und

sorgen Sie für mehr Gerechtigkeit!“

Auszug aus dem Forderungskatalog der FSG-Frauen:

- Rechtsanspruch auf einen Kinderbildungsplatz für jedes Kind ab dem 1. Geburtstag in Verbindung mit dem dafür benötigten Personal, etwa durch eine Ausbildungsoffensive
- gratis Nachmittagsbetreuung an den Schulen
- flächendeckenden Ausbau an Pflege- und Betreuungseinrichtungen, mobiler Dienste und betreute Wohnformen
- Teuerung stoppen durch zum Beispiel Energiepreisbremse, Mietobergrenze und Aussetzen der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs
- bessere und längere Anrechnung von Kindererziehungszeiten
- Arbeitszeitverkürzung und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle

Read more … FSG-Frauen warnen vor Stillstand in der Frauenpolitik